

Kurzanalyse

## Populisten scheiden selten ohne Drama aus dem Amt: Lehren aus der Geschichte des Populismus

von Manuel Funke und Christoph Trebesch

### 1 Populisten gehen selten ohne Drama

Populisten scheiden selten ohne Drama aus dem Amt. Dies zeigen wir in einer neuen Studie zur Geschichte populistischer Machthaber in 60 Ländern (Funke, Schularick und Trebesch 2020). Populisten werden darin als Politiker klassifiziert, die den Konflikt zwischen „dem Volk“ und „den Eliten“ heraufbeschwören und sich dann als einzige Vertreter des Volkes präsentieren. Wir identifizieren auf diese Weise 41 populistische Regierungen seit 1970.

Betrachtet man diese 41 populistischen Regierungen der letzten 50 Jahre, schieden lediglich 9-mal Populisten auf reguläre Weise aus ihrem Amt. Bei der überwiegenden Mehrheit (32 Fälle) kam es hingegen zu irregulären Abgängen, das heißt sie weigerten sich aus dem Amt zu gehen (8 Fälle), sie starben im Amt (3 Fälle), sie traten zurück (13 Fälle) oder wurden zu ihrem Rücktritt gezwungen, weil es zu einem Putsch, Amtsenthebungsverfahren oder Misstrauensvotum kam (8 Fälle). Abbildung 1 bietet einen kompakten Überblick über die Umstände in denen Populisten aus ihrem Amt geschieden sind.

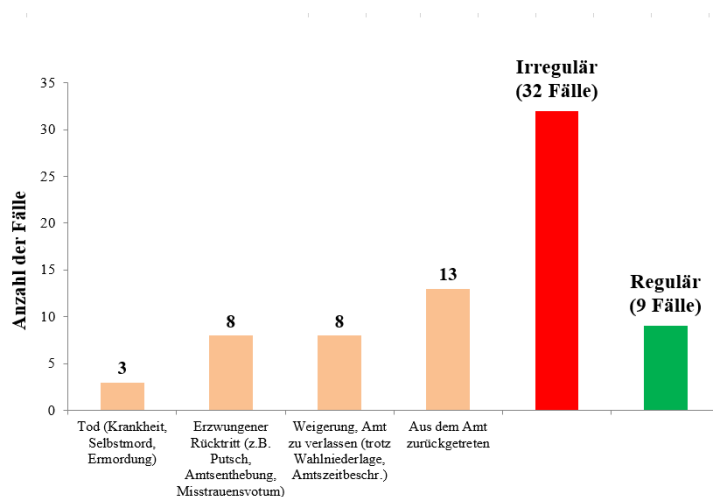


Abbildung 1: Wie scheiden Populisten aus dem Amt? (41 Fälle seit 1970)

Quelle: Funke, Schularick und Trebesch (2020).

### 2 Was wenn Trump eine Niederlage nicht akzeptiert? Parallelen zu früheren Populisten

Ein derzeit vieldiskutiertes Szenario ist, dass der populistische US-Präsident Donald Trump die Wahl verliert, sich aber weigert seine Niederlage zu akzeptieren und abzutreten. Dies wäre in der Geschichte der amerikanischen Demokratie ein einmaliger Vorgang. In anderen Ländern gab es diese Situation hingegen schon öfter, insbesondere dort wo Populisten an der Macht waren. Im Folgenden fassen wir drei Fallbeispiele zusammen in denen sich Populisten weigerten ihre Niederlage zu akzeptieren und was für politische und wirtschaftliche Folgen dies hatte.

- **Robert Muldoon, Neuseeland, 1984: Verfassungs- und Währungskrise nach Wahlniederlage.** Der Populist Robert Muldoon prägte die Politik Neuseelands über fast ein Jahrzehnt, nachdem er 1975 als Vorsitzender der Nationalpartei an die Macht gekommen war. In seiner dritten Amtszeit setzte er für den 15. Juli 1984 eine vorgezogene Neuwahl an, die seine Nationalparty mit deutlichem Abstand gegen die Arbeiterpartei verlor (36% vs. 43% der Stimmen). Unmittelbar nach der Wahlniederlage kam es zu einer konstitutionellen Krise, da Muldoon sich weigerte die Amtsgeschäfte im Sinne der neuen Regierung zu führen, wie es die Verfassungstradition gebot. Konkret weigerte sich Muldoon den Neuseeländischen Dollar gegenüber dem US-Dollar abzuwerten, trotz großem Abwertungsdruck in den Finanzmärkten und gegen den ausdrücklichen Wunsch der Zentralbank und der siegreichen Arbeiterpartei. Da Muldoon sich weigerte den Neuseeländische Dollar abzuwerten, verschärfte sich die Währungskrise des Landes und der Börsenhandel musste zweitweise ausgesetzt werden. Muldoon lenkte erst am 18. Juli ein, als führende Minister seines Kabinetts damit drohten, ihm die Führung der Nationalpartei zu entziehen und damit auch den Posten als Premierminister und Finanzminister. Letztendlich kam es kurz vor der Vereidigung der neuen Regierung am 26. Juli dann doch zu einer Abwertung, die jedoch nicht durch Muldoon, sondern durch ein inoffizielles Interimsrgremium durchgeführt wurde.
- **Silvio Berlusconi, Italien, 2006: Weigerung, die Niederlage zu akzeptieren und Kontroverse um Stimmenauszählung.** Im April 2006 weigerte sich Ministerpräsident Berlusconi, seine knappe Wahlniederlage gegen das Mitte-links Oppositionsbündnis zu akzeptieren. Er verwies auf „Unregelmäßigkeiten“, sprach zwischenzeitlich von „Wahlbetrug“, und verlangte Nachzählungen von bis zu einer Millionen Stimmzettel (Zitate: „Niemand kann sagen, wer gewonnen hat“; bzw. „Es gibt so viel Neuigkeiten, so viel Machenschaften. Ich bin zuversichtlich, dass sich das Ergebnis ändern muss.“). Insbesondere im italienischen Senat kam es in den Wochen nach der Wahl zu tumultartigen Szenen. Erst drei Wochen nach der Wahl kündigte Berlusconi seinen Rückzug an, ohne jedoch seine Niederlage einzugestehen oder seinem Nachfolger zu gratulieren. Die Auszählungsquerelen führten auch zu verzögerten Glückwünschen aus dem Ausland. Während Angela Merkel dem Wahlsieger Prodi drei Tage nach der Wahl (am 13. April) zum Sieg gratulierte, kam es erst am 21. bzw. 22. April zu Glückwünschen von George W. Bush und Wladimir Putin.
- **Cristina Kirchner, Argentinien, 2015: Weigerung, die Amtsgeschäfte zu übergeben und last minute Dekrete und Ausgabensteigerungen.** Der von Präsidentin Cristina Kirchner unterstützte peronistische Kandidat Daniel Scioli verlor bei der Wahl im November 2015 knapp gegen Mario Macri. In dem 17-tägigen Zeitfenster zwischen Macri's Sieg und seiner Vereidigung kam es zu einer politischen Krise. Macri beschwerte sich, dass Kirchner eine geordnete Machtübergabe verweigerte, um seine Regierung zu schwächen. So erhöhte Kirchner nach der Wahl und trotz des hohen Haushaltsdefizits kurzfristig die Staatsausgaben für 2015 und unterzeichnete ein Dekret für weitere Mehrausgaben im 2016er Haushalt. Sie verabschiedete zudem eine ganze Reihe neuer Gesetze und stellte vielzählige eigene Anhänger im öffentlichen Dienst und bei Staatsunternehmen ein. Viele dieser kirchneritischen Beamten weigerte sich später, ihre Ämter niederzulegen. An ihrem letzten Tag im Amt ernannte sie zudem 18 neue Botschafter. Auch sabotierte sie die Amtsübergabe indem sie darauf bestand, den Ort der Zeremonie zu

bestimmen, und indem sie ihre Teilnahme daran letztlich verweigerte. Macri musste eine einstweilige Verfügung erlassen, die sie zwang, ihr Amt um Mitternacht niederzulegen. Ihre Anhänger skandierten in dieser Zeit bei Demonstrationen immer wieder die Parole „Cristina wird nicht gehen!“.